

15. Oktober 2011
Internationaler Aktionstag: Kundgebung vor der EZB in Frankfurt a.M.

Rede Stephan Lindner, Attac-Koordinierungskreis

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir sind ein Teil der weltweiten Bewegung der Indignados, der Empörten. Wir stehen hier, weil wir empört sind über den Zustand unserer Demokratie. Wir sind empört über eine Politik, die auf unsere Kosten immer neue Rettungsschirme für die Finanzindustrie bastelt. Stattdessen fordern wir seit langem: Rettet die Menschen und nicht die Banken! Schrumpft endlich die Finanzmärkte! Finanzinstitutionen müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Wir sind Teil einer globalen Bewegung, die in gegenseitiger Solidarität auf den Straßen und Plätzen der Welt um ihre Daseinsgrundlage kämpft, ganz egal ob in Tunis und auf dem Tahir Platz in Kairo, auf dem Puerta del Sol in Madrid oder dem Syntagma Platz in Athen, ob an der Wall Street in New York oder an der Westminster Bridge in London. Wer dort für eine auskömmliche Rente oder die öffentliche Daseinsvorsorge, für den Erhalt des Bildungssystems oder soziale Sicherheit, für Arbeitsplätze oder auskömmliche Löhne, für sein täglich Brot oder einfach nur ein Ende staatlicher Schikanen kämpft, kurz: wer dort für ein Leben in Würde kämpft, der kämpft auch unseren Kampf - so wie wir auch hier für die Würde dieser Menschen eintreten wollen.

Wir fordern: Großbanken müssen zerschlagen werden. Wir wollen keine Banken mehr, über die diskutiert werden muss, ob sie systemrelevant sind! Eine unserer Forderungen, diesem Ziel näher zu kommen, ist ein Trennbankensystem. Das gab es sogar lange Zeit in den USA. Banken müssen sich dann entscheiden, ob sie Investmentbanking oder Kreditgeschäft betreiben wollen. Wer Investmentbanking betreibt, darf keine Kredite mehr von der Europäischen Zentralbank erhalten. Großbanken wie die Deutsche Bank oder die Commerzbank würden dadurch gleich mit zerschlagen.

Politiker wollen uns heute weißmachen, für die Rettungsschirme müsse niemand bezahlen. Das seien doch alles nur Bürgschaften und an den Zinsen ließe sich sogar noch was verdienen. Mal abgesehen davon, dass es der Gipfel der Unmoral ist, mit der Not anderer auch noch Geschäfte machen zu wollen. Jeder seriöse Finanzfachmann weiß, dass Bürgschaften auch fällig werden können und man sich deshalb vorher genau überlegen sollte, was dann geschieht. Wenn wir auf die Straße gehen, z.B. für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge oder für 500 Euro Eckregelsatz bei Hartz IV, dann will man von uns wissen, wie das bezahlt werden soll. Wenn Banken mit vielen Milliarden gerettet werden, deren Manager schmollen, wenn Ihr Jahresgehalt

auf eine halbe Million Euro gekappt wird, dann wird diese Frage erst einmal zurückgestellt. Das ist nicht länger hinnehmbar. Wir fordern Aufklärung, wer das im Falle eines Falles bezahlen soll.

Wenn wir heute nach Griechenland schauen, dann können wir erahnen, welche Pläne dafür auch für uns schon in der Schublade liegen. Und wer den herzlichen Empfang gesehen hat, den der BDI vor kurzem in Berlin dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou bereitet hat, der sieht auch, welche Interessen dahinter stehen.

Mit der Europäischen Zentralbank haben wir uns heute einen hervorragenden Ort für unsere Empörung ausgesucht. Denn diese Institution trägt große Mitverantwortung für die Lage, in der wir uns befinden. Wir wollen es nicht länger hinnehmen, dass in immer größeren Teilen Europas die Demokratie außer Kraft gesetzt wird. Wir sind empört über die Machtergreifung einer demokratisch nicht legitimierten Troika, zu der neben dem IWF und der EU-Kommission auch diese Europäische Zentralbank gehört, vor der wir heute hier stehen und die in dieser Troika den Hardliner abgibt, der selbst den IWF neben sich wie einen Waisenknaben aussehen lässt. Statt immer mehr demokratiefreie Zonen zu schaffen fordern wir, diese Institutionen endlich unter demokratische Kontrolle zu stellen. Wir sind empört über den Ausverkauf ganzer Länder, der maßgeblich mit von dieser Zentralbank hier vorangetrieben wird und die fortschreitende Schleifung all der sozialen Errungenschaften, für die unsere Vorfahren viele Jahrhunderte lang hart gekämpft haben.

Wir fordern: Hört endlich auf, das Soziale zu bekämpfen. Schiebt stattdessen endlich Steuervermeidung, Steuerwettbewerb und Steuerdumping einen Riegel vor. Statt Steuerabkommen mit der Schweiz abschließen zu wollen, die all unsere Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerflucht torpedieren und Steuerflüchtlinge belohnen, fordern wir eine Vermögensabgabe. Die Profiteure dieser Krise müssen zahlen!

Übrigens - wenn Banker in Nacht-und-Nebel-Aktionen von Regierungen Milliardensummen verlangen, dann haben sie immer die Notenbänker an ihrer Seite. Denn dann geht es auch immer darum, Fehler von Zentralbanken zu kaschieren, die bei Ihrer Aufsichtspflicht über das Bankensystem versagt haben. Deshalb brauchen wir eine unabhängige Untersuchungskommission, die genau analysiert, warum die Bankenaufsicht in der EZB, den nationalen Zentralbanken und den anderen dafür vorgesehenen Institutionen immer wieder versagt. Die bisherigen Untersuchungen waren da augenscheinlich noch nicht gründlich genug. Und aus den Ergebnissen müssen dann auch tatsächlich personelle und organisatorische Konsequenzen gezogen werden.

Und es ist auch nicht hinnehmbar, dass künftig an der Spitze der EZB ein Mensch stehen soll wie Mario Draghi, der just zu dem Zeitpunkt Vizepräsident von Goldman Sachs war als diese Bank an der Manipulation der griechischen Schuldenstatistik gut verdiente. Wir fordern: Schluss mit der Verquickung von Investmentbanking und Politik, egal ob an der Spitze der EZB, bei Geburtstagsausen für Chefs der Deutschen Bank im Kanzleramt oder im Bundesfinanzministerium. Schluss damit!

Konstruktionen wie diese Rettungspakete stehen in engem Zusammenhang zu dem, was hier sicher viele gut kennen, weil es dazu in Hessen vor kurzem einen Volksentscheid gab: Die so genannte Schuldenbremse. Ich bin der Meinung, da hat jemand ganz gewaltig die Pedale vertauscht. Das ist keine Schuldenbremse, das ist ein Schuldengaspedal. Die Rettungsschirme zeigen überdeutlich, warum das so ist. Erst werden auf intransparente Weise enorme Risiken außerhalb des regulären Haushalts eingegangen. Dann, wenn sie fällig werden, werden Privatisierungen und Sozialkürzungen durchgeführt. Am Ende steigen nicht nur die Schulden weiter, sondern schmilzt auch die Basis für zukünftige Einnahmen.

Jeder Autofahrer weiß, wenn man Bremse und Gaspedal vertauscht, dann landet man am nächsten Baum oder im nächsten Straßengraben. Unsere Bundesregierung ist leider gerade sehr erfolgreich dabei, diese Art von Crashkurs zur politischen Leitlinie in ganz Europa zu machen.

Wir fordern: mit einer solchen Politik muss Schluss sein! Es ist die gleiche Politik, die unter einem Reichskanzler Brüning in die bisher größte Katastrophe der deutschen Geschichte geführt hat. Wir stehen auch hier um zu verhindern, dass sich eine solche Geschichte wiederholt.

Lasst uns in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten eine Bewegung in unserem Land aufbauen, die so stark ist, dass unsere Forderungen nicht länger ignoriert werden können. Den ersten großen Schritt dafür haben wir heute bereits erfolgreich hinter uns gebracht. Darauf können wir alle stolz sein!